Vereinbarung zur Sicherstellung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII sowie der persönlichen Eignung von Beschäftigten nach § 72a SGB VIII in den Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff und Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII

Die Stadt Bergisch Gladbach, vertreten durch den Bürgermeister, Fachbereich Jugend und Soziales, Jugendamt (nachfolgend Jugendamt genannt)

und der Träger von Einrichtungen und Diensten, bzw. Anbieter der freien Jugendhilfe,

.....
(Name des Trägers)

welcher Leistungen nach §§ 27 ff und 35a SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) erbringt (nachfolgend Träger genannt) schließen zur Umsetzung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII sowie zur Sicherstellung der persönlichen Eignung von Beschäftigten nach § 72a SGB VIII die folgende Vereinbarung.

Vorbemerkung:

Diese Vereinbarung gilt nach Absprache der Jugendamtsleiterkonferenz im Rheinisch-Bergischen Kreis für alle Träger von Einrichtungen und Diensten bzw. Anbieter der freien Jugendhilfe, welche Leistungen nach §§ 27 ff und 35a SGB VIII erbringen. Eine Leistungserbringung nach §§ 27 ff und § 35a SGB VIII durch Träger, welche keine Vereinbarung nach § 8a Abs. 4 mit dem Jugendamt geschlossen haben, ist nicht zulässig. Auf Verlangen des Jugendamtes ist der Nachweis über den Abschluss der Vereinbarung nach § 8a Abs. 4 SGB VIII zu erbringen.

§ 1 Allgemeiner Schutzauftrag / Aufgaben des Jugendamtes und des Trägers

- (1) Allgemeine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, Minderjährige davor zu bewahren, dass sie in ihrer Entwicklung durch den Missbrauch elterlicher Rechte oder eine Vernachlässigung Schaden erleiden. Minderjährige sind vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII). Dabei hat das Jugendamt hat grundsätzlich die Verantwortung für die Sicherstellung der Leistungen und Aufgaben des SGB VIII. Dazu gehören die Wahrnehmung des staatlichen Wächteramtes und die Wahrnehmung des Schutzauftrags für Minderjährige bei der Gefährdung ihres Wohls nach § 8a SGB VIII. Sofern Minderjährige Leistungen in Einrichtungen und Diensten des Trägers erhalten, wird der Schutzauftrag des Jugendamtes u. a. durch den Abschluss dieser Vereinbarung wahrgenommen.

- (2) § 8a SGB VIII konkretisiert diesen allgemeinen staatlichen Schutzauftrag als Aufgabe der Jugendämter, verdeutlicht die Beteiligung der Träger an dieser Aufgabe und beschreibt Verantwortlichkeiten der beteiligten Fachkräfte der Jugendhilfe.
- (3) Der Träger erbringt Leistungen gegenüber Eltern und Minderjährigen selbstständig auf der Basis entsprechender Vereinbarungen mit diesen. Die Leistungserbringung dient der Förderung der Entwicklung und der Erziehung zur eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit der jungen Menschen. Dazu gehört auch, Minderjährige vor Gefahr für ihr Wohl zu schützen. Diese Aufgabe wird vom Träger u. a. durch den Abschluss dieser Generellen Vereinbarung wahrgenommen.
- (4) Die Sicherung des Wohls von Minderjährigen in den Fällen, in denen diese Leistungen in Einrichtungen und Diensten des Trägers erhalten, kann nur auf der Basis eines kooperativen Zusammenwirkens zwischen Jugendamt und Trägern gelingen. Die dafür notwendige Basis liefert diese Vereinbarung.
- (5) Der Träger stellt durch geeignete betriebliche Maßnahmen sicher, dass die Fachkräfte über diese Vereinbarung und insbesondere über die gewichtigen Anhaltspunkte zur Kindeswohlgefährdung (Anhang) unterrichtet sind und hierbei mindestens die in dem Anhang zu dieser Vereinbarung enthaltene Liste gewichtiger Anhaltspunkte beachtet wird.

Bei der Risikoabschätzung sind auch „kritische Zeitpunkte“ zu beachten. Dies können sein:

- Wechsel der fallführenden Fachkraft im Jugendamt,
- Wechsel der Zuständigkeit von einem Jugendamt zum anderen,
- Wechsel von einem Träger zu einem anderen Träger,
- Mitarbeiterwechsel aufgrund von Urlaub oder Personalfuktuation beim Träger,
- Beendigung einer Leistung / Maßnahme.

§ 2 Handlungsschritte

Folgendes Verfahren findet Anwendung, wenn eine Fachkraft Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls des Minderjährigen erkennt:

- (1) Nimmt eine Fachkraft gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung wahr, teilt sie diese der zuständigen Leitung des Trägers mit.
- (2) Wenn die Vermutung eines gewichtigen Anhaltspunkts für ein Gefährdungsrisiko im Rahmen einer kollegialen Beratung nicht ausgeräumt werden kann, ist die Abschätzung des Gefährdungsrisikos unter Einbeziehung einer insoweit erfahrenen Fachkraft (§ 4) formell vorzunehmen.
- (3) Werden Hilfen zur Abwendung des Gefährdungsrisikos für erforderlich gehalten, ist bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme solcher Hilfen hinzuwirken.

- (4) Werden zur Abwendung des Gefährdungsrisikos andere Maßnahmen für erforderlich gehalten (z. B. Gesundheitshilfe, Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz), so ist bei den Erziehungsberechtigten auf deren Inanspruchnahme hinzuwirken.
- (5) Der Träger unterrichtet das für die Jugendhilfemaßnahme zuständige Jugendamt (§ 3), wenn die für erforderlich gehaltenen und von den Erziehungsberechtigten akzeptierten Hilfen nach Abs. 3 und andere Maßnahmen nach Abs. 4 von ihm selbst nicht angeboten werden. Der Träger unterrichtet das zuständige Jugendamt unverzüglich, wenn Jugendhilfemaßnahmen nach Abs. 3 oder andere Maßnahmen nach Abs. 4 nicht ausreichen oder die Erziehungsberechtigten nicht in der Lage oder nicht bereit sind, diese in Anspruch zu nehmen.
- (6) Der Träger stellt durch geeignete Maßnahmen die Einhaltung dieser Handlungsschritte sicher.
- (7) Weitergehende Vereinbarungen zwischen dem zuständigen Jugendamt und dem Träger zur Erbringung von Hilfen zur Erziehung / Eingliederungshilfemaßnahmen nach dem SGB VIII bleiben von diesen Regelungen unberührt.
- (8) Ist die Gefährdung des Wohls des Minderjährigen so akut, dass bei Durchführung der vereinbarten Abläufe mit großer Wahrscheinlichkeit das Wohl des Minderjährigen nicht gesichert werden kann, so liegt ein Fall der dringenden Gefährdung des Wohls des Minderjährigen vor. Dass gilt auch für die Fälle, in denen die Erziehungsberechtigten nicht bereit oder in der Lage sind, bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken. In diesen Fällen ist eine unverzügliche qualifizierte Information des zuständigen Jugendamts zwingend notwendig.

§ 3 Inhalt und Umfang der qualifizierten Information an das Jugendamt

Der Träger stellt sicher, dass die Fachkräfte die Wahrnehmung der Aufgaben und Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung umgehend schriftlich und nachvollziehbar dokumentieren. Unbeschadet weiter gehender Regelungen des Trägers erfasst die Dokumentationspflicht alle Verfahrensschritte und muss bei jedem Verfahrensschritt mindestens beinhalten:

- Name, Anschrift, ggf. abweichender Aufenthaltsort des Minderjährigen;
- Name, Anschrift, ggf. abweichender Aufenthaltsort der Eltern und anderer Erziehungsberechtigten;
- zu beurteilende Situation, beobachtete gewichtige Anhaltspunkte (siehe Anhang);
- Ergebnis der Risikoabschätzung der Gefährdung / Art und Weise der Ermessensausübung;
- Definition der Verantwortlichkeit für den nächsten Schritt, Zeitvorgaben für Überprüfungen
- bereits getroffene und für erforderlich gehaltene weitere Maßnahmen;
- Beteiligung der Erziehungsberechtigten sowie des Minderjährigen; Ergebnis der Beteiligung;

- beteiligte Fachkräfte des Trägers, ggf. bereits eingeschaltete weitere Träger von Maßnahmen;
- weitere Beteiligte oder Betroffene.

§ 4 Kriterien für die Qualifikation der insoweit erfahrenen Fachkraft

- (1) Die zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos zu beteiligende insoweit erfahrene Fachkraft soll über folgende Mindestanforderungen verfügen:
 - Fachkraft nach § 72 SGB VIII,
 - mindestens drei Jahre Berufserfahrung und entsprechende Erfahrungen mit Kinderschutzfällen,
 - Vorliegen des erforderlichen Fachwissens sowie der personalen Kompetenz für die Beratungstätigkeit bei Fällen von Kindeswohlgefährdung,
 - persönliche Eignung (z.B. Belastbarkeit, professionelle Distanz, Urteilsfähigkeit)
 - absolvierte Fortbildungen zu Fragen der Gefährdungseinschätzung und ihrer Rolle als Kinderschutzfachkraft, einschlägige Kenntnisse im Bereich von Kindeswohlgefährdung,
 - Fähigkeit zur Kooperation mit den Fachkräften des öffentlichen Trägers und der freien Träger der Jugendhilfe sowie mit weiteren Einrichtungen (z.B. der Gesundheitshilfe, der Polizei),
 - Kenntnisse über die Hilfesysteme (z.B. Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitshilfe, Schule).
- (2) Der Träger legt dem Jugendamt eine Liste von mindestens zwei insofern erfahrenen Fachkräften vor. Er klärt mit diesen Fachkräften ab, wie die Verfügbarkeit und der Einsatz in den in § 2 Abs. 2 genannten Fällen möglich ist. Eine Kooperation verschiedener Träger hinsichtlich der Inanspruchnahme insoweit erfahrener Fachkräfte ist möglich. Die Kooperationsgemeinschaft ist dem Jugendamt mitzuteilen. Hierüber ist eine verbindliche Kooperationsvereinbarung zwischen dem Träger und dem Dienst oder Träger, der über insofern erfahrene Fachkräfte verfügt, zu schließen. Die Vereinbarung muss ausdrücklich benennen, wie die Inanspruchnahme erfolgt und eine verbindliche Vertretungsregelung beinhalten. Der Liste können in gegenseitigem Einvernehmen jederzeit weitere erfahrene Fachkräfte hinzugefügt werden.
- (3) Über die zusätzlichen Kosten der zu beteiligenden insoweit erfahrenen Fachkräfte nach Abs. 1 und 2 sind im Vorwege gesonderte Regelungen zu treffen.

§ 5 Einbeziehung von Erziehungsberechtigten und Minderjährigen – Hinwirken auf die Inanspruchnahme von Hilfen

- (1) Auf der Basis und bezogen auf den nach § 8a Abs. 4 erarbeiteten Schutzplan erfolgt eine Einbeziehung der Erziehungsberechtigten, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. Die Kontaktaufnahme erfolgt durch den Träger.
- (2) Je nach Alter des Kindes wird dieses einbezogen, ab Vollendung des 3. Lebensjahres erfolgt grundsätzlich eine Einbeziehung, wenn nicht dadurch der wirksame Schutz des Kindes in Frage gestellt wird. Der Träger beachtet die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 8a SGB VIII (insbesondere altersgerechte Beteiligung, Aufklärung über Rechte).
- (3) Ergibt sich aus den Kontakten zu diesen Personen die Notwendigkeit, dass zur Sicherung des Kindeswohls Hilfen in Anspruch genommen werden, so werden den Erziehungsberechtigten Wege und Möglichkeiten für die Inanspruchnahme solcher Hilfen aufgezeigt und angeboten. Dadurch wird kein neuer Zugang zu Erziehungs- oder anderen Jugendhilfen eröffnet. Das im SGB VIII geregelte Zugangs- bzw. Hilfestellungsverfahren wird hiervon nicht berührt. Nehmen die Erziehungsberechtigten entsprechende geeignete und notwendige Hilfe in Anspruch, so soll dies auf der Basis nachvollziehbarer Absprachen mit den Erziehungsberechtigten insbesondere zu dem Inhalt der Hilfen, zum Umfang und zu den zeitlichen Perspektiven geschehen.
- (4) Der Träger vergewissert sich, dass die vereinbarten Hilfen in Anspruch genommen werden und dass dadurch der Kindeswohlgefährdung wirksam begegnet werden kann.

§ 6 Information des Jugendamtes

- (1) Erscheinen dem Träger die von den Erziehungsberechtigten an genommenen Hilfen als nicht ausreichend, wird von den Erziehungsberechtigten keine Hilfe angenommen oder kann sich der Träger nicht Gewissheit darüber verschaffen, ob durch die mit den Erziehungsberechtigten vereinbarten Hilfen der Kindeswohlgefährdung begegnet werden kann, so informiert er die Erziehungsberechtigten darüber, dass eine Information des Jugendamts erfolgt. Das Jugendamt bestätigt den Eingang der Meldung und benennt zwingend eine fallverantwortliche sozialarbeiterische Fachkraft.
- (2) Ist wegen der in Abs. 1 genannten Gründe eine Information des zuständigen Jugendamts erforderlich, so erfolgt diese Information durch eine Leitungskraft des Trägers. Die Information an das Jugendamt enthält Aussagen zu
 - den gewichtigen Anhaltspunkten für die Kindeswohlgefährdung,
 - zu der mit einer insoweit erfahrenen Fachkraft vorgenommenen Risikoeinschätzung,
 - den gegenüber den Erziehungsberechtigten benannten Hilfen
 - und dazu, inwiefern die erforderlichen Hilfen nicht bzw. nicht ausreichend angenommen wurden.

- (3) Die Übermittlung der Informationen an das Jugendamt enthält regelmäßig personenbezogene Daten, ggf. auch Informationen die den besonderen Vertrauensschutz des § 65 SGB VIII unterliegen können. Anvertraute Sozialdatendürfen nur an Fachkräfte weitergegeben werden, die zum Zwecke der Abschätzung des Gefährdungsrisikos nach § 8a SGB VIII hinzugezogen werden; Aufgrund der nach dieser Vereinbarung sorgfältig vorgenommenen Risikoabschätzung hinsichtlich gewichtiger Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls des Minderjährigen ist eine Informationsweitergabe an das Jugendamt ohne Einwilligung der Betroffenen rechtlich regelmäßig nach § 65 Abs. 1 S. 2, 4 und 5 SGB VIII und § 4 Abs. 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) zulässig.

§ 7 Dringende Gefahr für das Wohl des Minderjährigen

- (1) Ist die Gefährdung des Wohls des Minderjährigen so aktuell, dass bei Durchführung der vereinbarten Abläufe mit großer Wahrscheinlichkeit das Wohl des Minderjährigen nicht gesichert werden kann, so liegt ein Fall der dringenden Gefährdung des Kindeswohls vor. (Siehe auch Anlage 1 „Gewichtige Anhaltspunkte“). Dies gilt auch für die Fälle, in denen die Erziehungsberechtigten nicht bereit oder in der Lage sind, bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken.
- (2) In diesen Fällen ist eine unmittelbare Information des Jugendamts notwendig. Eine direkte Mitteilung an das Familiengericht durch den Träger ist möglich.

§ 8 Eignung der Mitarbeiter/innen - Tätigkeitsausschluss vorbestrafter Personen (§ 72a SGB VIII) und Erweitertes Führungszeugnis

- (1) Grundsätzlich stellt der Träger verpflichtend sicher dass durch geeignete Maßnahmen keine Personen haupt-, neben- und / oder ehrenamtlich beschäftigt oder vermittelt werden, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184f, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs (StGB) verurteilt worden ist (§ 72a Abs. 1 SGB VIII).
- (2) Die Sicherstellung der persönlichen Eignung der Fachkräfte erfolgt gem. § 72a SGB VIII. Der Träger lässt sich zu Beginn und danach in der Regel alle fünf Jahre ein erweitertes Führungszeugnis nach §§ 30 Abs. 5, 30a Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG) vorlegen. Das erweiterte Führungszeugnis darf bei Vorlage nicht älter als drei Monate sein. Unabhängig von der Frist in Satz 2 soll der Träger bei konkreten Anhaltspunkten für das Vorliegen einer Verurteilung im Sinne des Abs. 1 die Vorlage eines aktuellen Führungszeugnisses nach § 30a BZRG fordern.
- (4) In den Verträgen mit Beschäftigten soll der Träger vorsehen, dass Beschäftigte bei Anhaltspunkten für Ermittlungen wegen des Verdachts einer Straftat nach Aufforderung des Trägers eine wahrheitsgemäße Selbstauskunft über die Einleitung der Ermittlungen sowie den Inhalt der Beschuldigung zu erteilen haben.

§ 9 Fortbildung der Mitarbeiter/innen

In einer Nebenabsprache zu dieser Vereinbarung können je nach Bedarf Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen des Trägers abgesprochen werden, die für eine sachgerechte Wahrnehmung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII sinnvoll und notwendig sind.

§ 10 Datenschutz

Der Träger ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die sich aus den §§ 61 bis 65 SGB VIII und § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) ergeben, verpflichtet. Bei der Einschaltung der insofern erfahrenen Fachkraft werden die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere § 64 Abs. 2 SGB VIII, beachtet.

§ 11 Kooperation

Da eine dauerhafte fallunabhängige Sicherung des Wohls von Minderjährigen nur möglich ist, wenn funktionierende Kooperationsbeziehungen bestehen und die Verfahrensabläufe für alle Beteiligten klar sind, erfolgt durch das Jugendamt eine Information des Trägers über den weiteren Verlauf in den Fällen der Kindeswohlgefährdung. Hierbei sind die datenschutzrechtlichen Vorgaben zu beachten.

§ 12 Trägerinterne Qualitätssicherung- und Entwicklung

Der Träger stellt sicher, dass die zuständigen Leitungen für die sachgerechte Unterrichtung der Fachkräfte über die Verpflichtungen aus § 8a SGB VIII Sorge tragen, ebenso für eine regelmäßige Auswertung der Erfahrungen mit den betroffenen Regelungen (Evaluation) sowie für die Einbeziehung weiterer fachlicher Erkenntnisse. Diese Maßnahmen der internen Qualitätssicherung- und Entwicklung sind in der Regel einmal jährlich durchzuführen.

§ 13 Kündigung der Vereinbarung/Anpassung

- (1) Danach verlängert sich die Vereinbarung jeweils um ein Jahr, wenn sie nicht drei Monate vor Ablauf dieses Jahres schriftlich gekündigt wird. Eine Kündigung bedarf der Schriftform
- (2) Die Vereinbarung soll bei entsprechenden Bundes- und / oder Landesempfehlungen angepasst werden.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft.

§ 15 Nebenabreden und Salvatorische Klausel

Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag wurden nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine Bestimmung zu ersetzen, die dem vertraglichen Zweck am nächsten kommt.

, den

Bergisch Gladbach, den

Träger

Jugendamt

Anlage

Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung / Gewichtige Anhaltspunkte

Anhang

Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung nach Deutscher Verein DV 04/06 AF II, 27. September 2006

Die nachfolgend aufgeführten Anhaltspunkte sind keine abschließende Auflistung, sie erfassen nicht alle denkbaren Gefährdungssituationen.

Anhaltspunkte beim Kind oder Jugendlichen:

- nicht plausibel erklärbare sichtbare Verletzungen (auch Selbstverletzungen),
- körperliche oder seelische Krankheitssymptome (Einnässen, Ängste, Zwänge, etc.),
- unzureichende Flüssigkeits- und/oder Nahrungszufuhr,
- fehlende, aber notwendige ärztliche Vorsorge und Behandlung,
- Zuführung gesundheitsgefährdender Substanzen,
- für das Lebensalter mangelnde Aufsicht,
- Hygienemängel (Körperpflege, Kleidung etc.),
- unbekannter Aufenthalt (Weglaufen, Streunen etc.),
- fortgesetzte unentschuldigte Schulversäumnisse,
- Gesetzesverstöße.

Anhaltspunkte in Familie und Lebensumfeld:

- Gewalttätigkeiten in der Familie,
- sexuelle oder kriminelle Ausbeutung des Kindes oder Jugendlichen,
- Eltern psychisch krank oder suchtkrank, körperlich oder geistig beeinträchtigt,
- Familie in finanzieller bzw. materieller Notlage,
- desolate Wohnsituation (Vermüllung, Wohnfläche, Obdachlosigkeit),
- traumatisierende Lebensereignisse (Verlust eines Angehörigen, Unglück etc.),
- schädigendes Erziehungsverhalten und mangelnde Entwicklungsförderung durch Eltern,
- soziale Isolierung der Familie,
- desorientierendes soziales Milieu bzw. desorientierende soziale Abhängigkeiten.

Anhaltspunkte zur mangelnden Mitwirkungsbereitschaft und -fähigkeit:

- Kindeswohlgefährdung durch Erziehungs- oder Personensorgeberechtigte nicht abwendbar,
- fehlende Problemeinsicht,
- unzureichende Kooperationsbereitschaft,
- mangelnde Bereitschaft, Hilfe anzunehmen,
- bisherige Unterstützungsversuche unzureichend,
- frühere Sorgerechtsvorfälle.